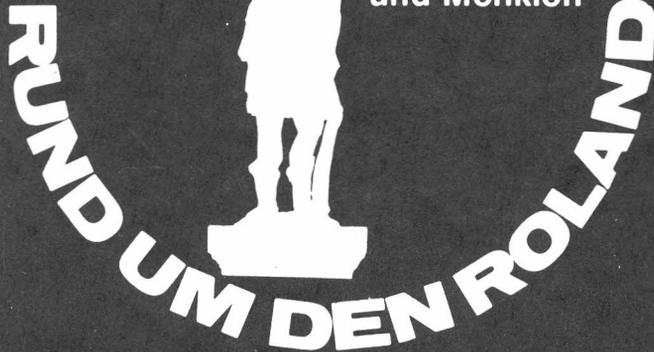


SPD-Information

für
Bad Bramstedt,
Bimöhlen,
Hitzhusen,
Weddelbrook
und Mönkloh



In eigener Sache:

Lange Zeit haben Sie auf diesen „Rund um den Roland“ warten müssen. Der Grund ist - offen gesagt - ein sehr banaler; der Kommunalwahlkampf hat ein großes Loch in die Kasse unseres Ortsvereins gerissen und wir mußten erst einmal wieder Geld sammeln, um den Druck finanzieren zu können.

Wir meinen jedoch, daß der Einsatz im Wahlkampf sich gelohnt hat. Seit dem 5. März sitzt die SPD mit sechs gegenüber vorher fünf Stadtverordneten im Schloßsaal. Beinahe wäre es sogar gelungen, die Mehrheit der CDU zu brechen. Nach der Stimmzahl, die die Wähler abgaben, bekamen SPD und F.D.P. zusammen sogar mehr als die CDU, aber das Auszählverfahren begünstigte die Christdemokraten, so daß sie mit einem blauen Auge davonkamen.

Doch genügt von diesen gelegten Eiern. Die lange Zwischenzeit haben wir überbrückt, indem wir verstärkt über die örtliche Presse und öffentliche Veranstaltungen an Sie herangetreten sind. Damit Sie sich an den Festtagen ein wenig über die Vorstellungen der Sozialdemokraten informieren können, präsentieren wir diese Ausgabe von „Rund um den Roland“. Wir wünschen Ihnen angenehmes Lesen, ein fröhliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr.

Ihre Redaktion

Bürgerzeitung der SPD

Nr.3

3.Jahrgang 1978

Höhere Steuern für Bramstedt

Bad Bramstedt. Über mehrere Wochen berichteten die „Bramstedter Nachrichten und der „Donnerstags-Anzeiger“ über die Aktivitäten der SPD bezüglich einer Anhebung der Steuerhebesätze in Bad Bramstedt. Doch in dem Charakter dieser Veröffentlichungen liegt es, daß nicht alles das, was die SPD bewegt hat, in dieser (zweifellos unpopulären - siehe auch Kommentar) Richtung aktiv zu werden, zu lesen war. Darum bringt „Rund um den Roland“ die Zahlen und Fakten, die für die SPD maßgebend waren.

Erster Beweggrund für die Sozialdemokraten war, daß Bramstedts Finanzspielraum immer geringer wird. Die sogenannte freie Finanzspitze, d.h. der Investitionsspielraum der Stadt, ist in den Jahren 1962-76 um jährlich 9,5 % gefallen. Wenn diese Entwicklung anhält (und alles spricht dafür, daß sie es tut), werden in absehbarer Zukunft kaum noch Investitionen möglich sein. Sportplätze und -hallen, Fremdenverkehrsentwicklung, Schulbaumaßnahmen und vieles mehr würden Wunschträume bleiben.

Zweitens wird Bad Bramstedt seit Jahren für eine niedrigen Steuerhebesätze vom Verteilungsschlüssel des Landes bestraft. Das Land berechnet uns Sätze von 200,225 und 300 % (Grundsteuer A, B und Gewerbesteuer) während wir nur 180,200 und 275 % erheben. Das allein bedeutet schon weit mehr als 100.000 Mark weniger in der Kasse. Hinzu kommt, daß unsere Investitionen nicht im möglichen Maße bezuschußt werden: allein beim Hauptschulneubau ist das ein Ausfall von rund 200.000 Mark.

Um jedoch nicht aus der hohlen Hand heraus zu argumentieren, analysierten die Sozialdemokraten die Haushalte der Stadt von 15 aufeinanderfolgenden Jahren. Dabei ergaben

sich interessante Zahlen: Bramstedts Bevölkerung wächst jährlich um 2,4 %, die Ausgaben steigen um 8,5 % per anno, die Steuereinnahmen um 11,7 % und die Zuweisungen (nur) um 5,2 %.

Als gewichtige Zahl kommt zum einen die Entwicklung des Finanzspielraums hinzu (-9,2 % vgl. oben) und zum anderen der Aufwand für Schuldzinsen, der alljährlich um 8 % gewachsen ist. Zusammengefaßt heißt das, daß Bramstedt bei immer weniger frei verfügbaren Mitteln immer stärker verschuldet wird (Die 10-Millionen-Grenze dürfte schon bald überschritten sein).

Als weiteres Hilfsmittel zogen die Sozialdemokraten die nebenstehende Vergleichstabellen heran, die ihr Vorsitzender Gerhard Binzus zusammenstellte. Aus der Tabelle 1 geht eindeutig hervor, daß Bad Bramstedt weit hinter vergleichbaren Orten und auch dem Landes- und Bundesdurchschnitt herhängt. Die Konsequenz: Die Stadt verfügt jährlich über rund 1.300.000 DM weniger als Orte vergleichbarer Größe (nach Bereinigung um einige weitere Daten sind es immer noch 700.000 DM).

Fortsetzung auf Seite 3

Im Gespräch:



Adolf Isokeit

45 Jahre, Kaufmann
Landtagskandidat der SPD
im Wahlkreis Segeberg/West

RudR: Als Sie am 9. Mai 1978 in Großenaspe von den Delegierten zum Direktkandidaten für unseren Wahlkreis gewählt wurden, war Ihnen damals eigentlich schon voll bewußt, was bis zum Wahlsonntag, 29.4.1979, alles auf Sie zukommen würde?

Isokeit: Obwohl ich mich für diese Kandidatur zum ersten Mal beworben habe, war die Ausgangslage klar: ich mußte versuchen, mit allen 19 Ortsvereinen in diesem Wahlkreis ein Konzept zu entwickeln, daß eingeordnet in das landespolitische Schwerpunktprogramm der SPD den besonderen Erfordernissen der 32 politischen Gemeinden im Wahlkreis Rechnung trägt. Diese Abstimmung ist zwischenzeitlich erfolgt; natürlich auch mit Bad Bramstedt.

RudR: Sicherlich kann Ihnen dabei Ihre langjährige kommunalpolitische Erfahrung zugute? Sie sind Gemeindevertreter in Henstedt-Ulzburg seit 1966.

Isokeit: Durch meine ständige Mitgliedschaft

Tabelle 1

Vergleich der Realsteuereinnahmen und Hebesätze 1974

Steuerart	DM/EW = DM je Einwohner				HS = Hebesätze			
	Bad Bramstedt		Orte gleicher Größe		Schleswig-Holstein		Bundesrepublik	
	DM/EW	HS	DM/EW	HS	DM/EW	HS	DM/EW	HS
Grundsteuer A	2.54	180 %	9.53	250 %	10.98	212 %	6.58	230 %
Grundsteuer B	32.60	200 %	42.82	270 %	39.96	265 %	50.10	263 %
Grundsteuer	178.06	275 %	279.16	334 %	217.08	297 %	293.33	309 %
Gemeindeanteil an der Eink.-Steuer	186.73	—	196.27	—	208.72	—	223.58	—
Gesamt-Einnahme	399.93	—	527.78	—	476.74	—	573.59	—
Mehreinnahme 10.000 EW	—	—	1.278.500 DM	—	768.100 DM	—	1.736.600 DM	—

Fortsetzung: Im Gespräch

im Haupt- und Finanzausschuß habe ich fundierte Sachkenntnisse gewinnen können, und als Fraktionsvorsitzender bin ich verpflichtet, in dieser fast 18.000 Einwohner zählenden Gemeinde - wo ich seit 1947 wohne - stets alle kommunalpolitischen Aufgabenstellungen bewältigen zu können. Außerdem: meine Tätigkeit im Abwasserzweckverband Pinneberg und im Wasserzweckverband Kaltenkirchen/Hensstedt-Ulzburg haben mich befähigt, interkommunal zu denken und zu handeln, wozu natürlich auch meine Mitgliedschaft im Segeberger Kreisrat beiträgt.

RudR: Sie erwähnten eingangs das sozialdemokratische Programm für Schleswig-Holstein, das im Juni vorgelegt und nach einer intensiven öffentlichen Diskussion im November in Bad Segeberg beschlossen worden ist. Welches sind die Schwerpunkte?

Isoket: 1. Ein neues struktur- und wirtschaftspolitisches Konzept, das die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit dem notwendigen Umweltschutz verbindet.

2. Ausbau unseres Bildungswesens: Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation, eine kinderfreundliche Schule und die Verwirklichung der Mitspracherechte von Eltern, Lehrern und Schülern.

3. Ein sozialpolitisches Konzept: besonders Kinder, Heranwachsende, ältere Mitbürger, Kranke und Behinderte brauchen unsere Solidarität.

4. Wiederherstellung und Sicherung von Liberalität, Rechtsstaatlichkeit und innerer Sicherheit.

RudR: Ein freieres Meinungsklima also, wie zuletzt gesagt. Welches konkrete Beispiel wollen Sie nennen?

Isoket: Bei der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst gilt es - im Einklang mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 - folgende Grundsätze in der Praxis der Einstellungsbehörden anzuwenden:

1. Der Staat geht grundsätzlich von der Vermutung aus, daß der einzelne Bewerber für den öffentlichen Dienst die Gewähr der Verfassungstreue bietet.

2. Eine Routineanfrage beim Verfassungsschutz findet daher nicht statt.

3. Grundlage für einen Ablehnungsbescheid darf nur konkretes gegen die tragenden Grundsätze unserer Verfassung gerichtetes Verhalten sein.

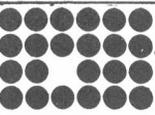
4. Die Sicherheitsprüfung bleibt davon unberührt.

Sowohl im Beamtenrecht wie auch in den Tarifverträgen ist eindeutig verankert: für den öffentlichen Dienst gilt das Gebot der Verfassungstreue; wer durch aktive Betätigung den Kernbestand unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nachweislich bekämpft, kann nicht im Dienste des freiheitlichen Rechtsstaates stehen.

In der Verwaltungspraxis hat seit 1972 eine Mißtrauensklausel Anwendung gefunden. Die Folge ist eine unerträgliche Verunsicherung bei den jungen Menschen. Die SPD setzt sich daher mit Nachdruck für ein Einstellungsverfahren ein, das die erkennbaren Mängel beseitigt.

RudR: Wir wollen dieses Interview in unserer nächsten Ausgabe fortsetzen: welche Themen sollten wir dann vertiefen?

Isoket: Aktuell bleibt zum Beispiel: Gesamtschule als Angebotsschule, NDR als öffentlich-rechtliche Anstalt, Flughafen bei Kaltenkirchen sowie ggf. andere örtliche und regionale Probleme.



Ein
Platz
ist
frei
für Sie!

leserbriefe



an Jan-Uwe Schadendorf, Butendoor 11, 2357 Bad Bramstedt.

Die Großen kommen oder: Brauchen wir einen Verbrauchermarkt?

Bad Bramstedt. In den letzten Wochen tauchte in Bramstedts Kommunalpolitik ein neues Team auf: mehrere große Handelsunternehmen bewerben sich in unserem Ort um die Errichtung eines sogenannten Verbrauchermarktes. Es handelt sich dabei um ein Geschäft mit einer Verkaufsfläche von 2000 bis 3000 qm. Als gewünschter Standort wird übereinstimmend das Gelände am Lohstücker Weg genannt.

Außerdem ist der Bau von zwei Supermärkten im Hause Koschorrek (mit über 400 qm) und auf dem Grundstück Frick, Butendoor 2 bis 4 (ca. 1.000 qm Verkaufsfläche) geplant. Alle Maßnahmen zusammen würden einen Zuwachs an Ladenfläche von rund 4.000 qm bedeuten.



Für die Kommunalpolitiker heißt es nunmehr zu überlegen, ob ein derartiger Zuwachs gewünscht wird. Schlagworte wie „Verdrängungswettbewerb“, „Verbraucherfreundlichkeit“ und „Arbeitsplatzschaffung“ bzw. „Arbeitsplatzgefährdung“ bestimmen die Diskussion.

Seitens des örtlichen Handels werden Bedenken vorgebracht, daß eine derartige Massierung von großen Geschäften zu einem Verdrängen der am Ort bestehenden führen könnten.

„Die sehen ihre Felle schwimmen“ wird da mehr als einer sagen und damit nicht ganz falsch liegen. Doch das Problem liegt sehr tief, aus diesem Grunde hat der Magistrat ein Gutachten über die Kaufkraftverhältnisse in Bramstedt anfertigen lassen.

Nach diesem Gutachten haben Bramstedts Bürger eine Kaufkraft von ca. 43 Millionen DM im Jahr zur Verfügung, nimmt man die nähere Umgebung hinzu, kommt man auf zusammen etwa 62 Millionen DM und unter teilweiser Einbeziehung von Orten wie Lentförden, Heidmoor und Wrist ergeben sich runde 66 Millionen DM (die beiden letzten Zahlen sind seitens der Stadt berechnet worden).

Als Gegenrechnung müssen die Umsatzzah-

len bzw. -erwartungen herangezogen werden. Der örtliche Handel hat nach dem Gutachten einen Umsatz von ca. 40 Millionen DM im Jahr, die beiden geplanten Supermärkte benötigen zusammen ca. 10 Millionen DM, der Verbrauchermarkt mindestens 15 Millionen. Das bedeutet, daß für Bramstedt mindestens 65

Millionen DM Umsatz zu erzielen sein müssen wenn es nicht zu einem Verdrängungswettbewerb kommen soll.

Nach Berechnungen der Stadt geht die Rechnung auf, der örtliche Handel bestreitet indes diese Zahlen. Also kein leichtes Brot für die Ortspolitiker. Kommt es nämlich tatsächlich zu einer Verdrängung, dann besteht das Risiko, daß Arbeitsplätze von Fachverkäufern verloren gehen gegen Teilzeitbeschäftigungen im Verbrauchermarkt. Bleibt die vernichtende Konkurrenz aus, so würden ca. 50 Teilzeitarbeitsplätze neu entstehen.

Nun ist noch der Preisvorteil zu erwähnen. Dem Verbraucher ist mittlerweile klar, daß er auch in Super- und Verbrauchermärkten auf die Preise achten muß und manchmal im kleinen Geschäft billiger kaufen kann. Doch wird bei vielen Dingen sicher der große Konkurrent günstiger liegen (auch weil er meist wenig Service und Beratung bietet).

Ein „heißes“ Thema also. Die Frage in der Überschrift wollen wir zunächst unbeantwortet lassen. Die Redaktion von „Rund um den Roland“ meint jedoch, daß nicht nur der Handel und einige Eingeweihte sondern jeder Bürger dieser Stadt das Recht hat, über diese Planungen informiert zu sein.

Einer für alle

Bad Bramstedt. In mühevoller und zeitaufwendigem Dienst betreut der Gemeindepfleger Hansen hilfsbedürftige Menschen in Bramstedt Stadt und Land. Rund 14.000 Einwohner zählt der Einzugsbereich für seine Tätigkeit, damit liegt er weit über der Durchschnittszahl von ca. 4.000.

Es ist wohl nur der Einsatzbereitschaft von Herrn Hansen zu verdanken, daß zumindest ein Mindestsatz an Betreuung gewährleistet wird. Selbstverständlich kommt dabei insbesondere der persönliche Kontakt zu älteren Menschen zu kurz, die Zeit fehlt einfach für ein längeres Gespräch oder einen Besuch, der nicht mit einem Einsatz gleichzusetzen ist.

Es ist an der Zeit, Herrn Hansen eine zweite Kraft zur Seite zu stellen.

Schon seit langem fordert die SPD für Bad Bramstedt die Einrichtung einer Sozialstation, das heißt die Zusammenfassung der sozialen Dienste in einem Haus. Die Sozialdemokraten wollen, daß das ehemalige Altersheim (oder



auch ein anderes Haus) zu diesem Zweck eingerichtet wird. Haus- und Fußpflege, Beratungsstunden, die Möglichkeit ein Bad zu nehmen sind nur einige Dinge, die eine solche Station bieten kann.

Seit einiger Zeit steht die Bramstedter SPD über die Stadtverordnete Ingrid Lehnert in Kontakt mit der Modell-Sozialstation in Schacht-Audorf bei Rendsburg. An dieser Station, die einen kleineren Bereich betreut als dies für Bramstedt notwendig wäre, sind gegenwärtig 14 Mitarbeiter beschäftigt. Es handelt sich dabei um eine hauptamtliche Gemeindepflegerin und um 13 nebenamtliche Kräfte, unter ihnen eine Sozialberaterin, eine Hebamme, zwei Tagesmütter, zwei Fußpflegerinnen und sechs Hauspflegerinnen. Diese Mannschaft erzielte bereits im ersten Jahr des Bestehens der Station 4.600 Einsatzstunden.

Wenn man bedenkt, daß mehr als die Hälfte dieser Stundenzahl in Bramstedt von einem Gemeindepfleger allein bewältigt werden muß, so wird man den Ruf nach Unterstützung nicht überhören können.

Ein zweiter Gemeindepfleger und die Forderung nach einer Sozialstation sind jedoch im Zusammenhang zu sehen. Daher wollen sich die Sozialdemokraten noch vor den Haushaltsberatungen für 1979 näher mit diesem Bereich befassen.



Kinderspielplatz

Auf Eis gelegt

Bad Bramstedt. Am Brambusch soll nach dem Willen der Stadt ein Spielplatz entstehen. Für diesen Zweck hat man vor mehr als einem Jahr ein Grundstück gekauft. „Rund um den Roland“ hatte zu jener Zeit in diesem Bereich der Stadt eine Fragebogenaktion durchgeführt, mit dem Ziel Anregungen bezüglich Lage und Gestaltung des Platzes einzuholen.

Doch seit mehreren Monaten liegt die Angelegenheit auf Eis. Ein Anlieger hat gegen die Planung Einspruch erhoben und will notfalls vor Gericht gehen. Für die Stadt ist die Lage schwierig, weil in diesem Bereich kein gültiger Bebauungsplan besteht und somit eine mangelnde Rechtsgrundlage vorliegt. So wurde die Sache an den Kreis mit der Bitte um Entscheidungshilfe weitergeleitet.

Wieder einmal zeigt sich, daß es sehr schwierig ist derartige Einrichtungen durchzusetzen. In der Theorie befürworten die meisten Bürger Spielplätze, nur eben nicht neben der eigenen Haustür.

Kommentar

Die Wahlzeit beginnt wieder einmal, die Zeit der markigen Sprüche und der mutigen Aussagen. Doch ist dies offensichtlich keine Zeit für mutige Entscheidungen. Was damit gemeint ist? Recht einfach - die Entscheidung, in Bramstedt die Steuerhebesätze anzuhoben. Und Mut gehört zweifellos dazu, denn Steuererhöhungen sind wahrlich kein Mittel, um Wählerstimmen zu fangen. Das weiß aber auch die CDU und die F.D.P.. So nimmt es nicht Wunder, daß diese beiden Parteien im Moment das Thema lieber auf kleiner Flamme kochen wollen.

Die Liberalen haben keinen Mut, weil ihr Fraktionssprecher in unserer Stadt gleichzeitig Landtagskandidat ist - und wer will sich schon gern seine paar Prozente versauern? Da schiebt man doch lieber die sogenannten „Sachargumente“ vor und erklärt lang und breit, daß man keine Veranlassung sieht, überhaupt darüber zu sprechen. Offenbar muß den Liberalen ihr gelber Wagen erst in den Dreck rutschen, bevor sie bereit sind, einen anderen Weg zu wählen. Wir werden es spätestens dann merken, wenn man die SPD zum Schieben-helfen bittet.

Nicht ganz so eindeutig läuft die Sache bei den Christdemokraten. Die haben gleich mehrere Schwierigkeiten, sich ein Herz zu nehmen, wenn's der Kopf allein nicht schafft. Da ist nämlich zum einen die Lobby derjenigen, die von einer Steueranhebung am Ort gar nichts wissen wollen, weil es teuer für sie werden würde. Tja, und diese Lobby haben einige Herren augenscheinlich unterschätzt; denn noch im Frühsommer konnte man Stimmen hören „das kriegen wir bei uns schon durch“, die heute verklungen sind.

Dafür hört man unter der Hand andere Töne: „Wir sind doch nicht verrückt und erhöhen vor der Wahl die Steuern“ ist der Tenor. Ehrliche Politik - oder wie nennt man so etwas. Erst einmal den Bürger treu und brav wählen lassen und dann neue Karten ausgeben, heißt die Devise der CDU. Nun ja, man hat ja auch allen Grund dazu: bei der Landes-CDU zittert man um die spärliche Mehrheit und im Wahlkreis hat man einen Kandidaten, dem eh schon die rechte Überzeugungskraft fehlt.

So werden aller Wahrscheinlichkeit nach Liberale und Christdemokraten dafür Sorge tragen, daß Bramstedts Finanzen noch ein bißchen mehr in den Keller gehen. Sie werden zwar beide mit Versprechungen in die Lande ziehen, nur werden sie selten sagen, wie man das bezahlen soll. Vielleicht erwähnen sie noch einmal den berühmten Rotstift, den sie zwar in der Tasche zu haben behaupten, aber im entscheidenden Moment nicht finden.

Muß denn etwa bürgernahe Politik eine Politik sein, die ja nur keine Wählerstimme kostet? Ist es falsch, mit dem Bürger das zu besprechen, was man als Kommunalpolitiker nach bestem Wissen und Gewissen für notwendig hält? Darf eine Wahl dringend notwendige Entscheidungen beeinflussen und verzögern? Ich persönlich habe den Eindruck, daß insbesondere die CDU in erheblichem Maße für eine Steueranpassung ist, aber diese Entscheidung gern in ein wahlfreies Jahr hinausschieben möchte.

Parteitaktik vor Verantwortungsbewußtsein -

Überlegen Sie es sich bitte noch einmal, meine Herren!

Jan-Uwe Schadedorf

Impressum: Herausgeber: SPD-Gebietsverband Bad Bramstedt und Umgebung vertr. durch Uwe Kersting, Bad Bramstedt; verantw. Redakteur: Jan-Uwe Schadedorf, Bad Bramstedt; Auflage: 4.500; Druck: Roland-Werbung. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Buchtip

von Uwe Kersting

„Deutschland erwacht“

„Es sind oft banale Geschichten, bei denen niemand zu Schaden kam, die sich vor aller Augen abspielen, an denen man am besten die zunehmende Toleranz gegenüber nazistischen Stimmungen und Erscheinungen erkennen kann, Geschichten, die vor zehn, fünfzehn Jahren noch undenkbar gewesen wären“.

So schreibt Henryk M. Broder im Buch „Deutschland erwacht“, erschienen im Lamuv-Verlag Köln, 128 S. Großformat: 19.80 DM.

Das Buch stellt eine Sammlung von Dokumenten zum Auferstehen des alten und Belebenden des neuen Faschismus in Deutschland dar; es ist aber noch mehr. Beiträge von H. Lichtenstein (WDR-Redakteur), K. Thüsing, (SPD-MdB), Ossip K. Flechtheim (em. Prof. für Politik) zeigen den Hintergrund dieses Auflebens.

Sie zeigen, woher der Wind weht.

Die „Ausschwitz-Lüge“ kommt in dem Buch vor, genauso wie Oberstaatsanwalt Sachs, Franz-Joseph Strauß und Röttger Gross, der Majdanakprozeß und der „Schlußstrich unter Nazi-Deutschland mit Beginn des Korea Krieges“.

Ein dokumentierter Ausspruch des jetzigen bayerischen Ministerpräsidenten, „Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen erbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen“ - schließt den Kreis zwischen dem Thema Neonazis und dem Hintergrund.

Sie meinen, das wäre nichts für den Gabentisch? Ich meine: gerade für den Gabentisch!

Fortsetzung: Steuern

Runde 16 % ihrer Einkommensteuer zahlen Bramstedts Bürger an kommunalen Steuern wie Tabelle 2 veranschaulicht. Damit liegen sie weit hinter den Vergleichszahlen zurück. Selbst eine Anhebung der Steuerhebesätze auf die vom Finanzausgleichsgesetz geforderte Höhe würde „nur“ zu einer Belastung von 17,53 führen und damit noch unter dem Landesdurchschnitt liegen.

Wenn man bedenkt, daß die Kirche 9 % der Einkommensteuer als Einnahmen verbuchen kann, so wird jedem deutlich, daß eine Gemeinde mit noch nicht einmal doppelt soviel ihre breitgesteckten Aufgaben wohl gerade bewältigen kann.

Eine dritte Tabelle können wir hier wegen ihres Umfangs nicht veröffentlichen. Ihre

Aussage ist jedoch die, daß Bramstedt als direktem Effekt einer Steueranpassung zunächst einmal über 200.000 DM mehr in der Kasse hätte, ohne daß sich die zu leistenden Abgaben (Kreisumlage, Gewerbesteuerumlage) erhöhen würden.

Somit stünde dieses Geld, das von den Bramstedtern mehr verlangt würde, uneingeschränkt zur Verwendung in der Stadt bereit. Gleichzeitig würden dadurch aller Wahrscheinlichkeit nach Zuschüsse in mindestens derselben Höhe bewirkt werden.

Nach Abwägung der Fakten vertritt die SPD die Meinung, daß eine Anhebung der Steuerhebesätze auf die sogenannte Nivellierungssätze des Finanzausgleichsgesetzes sowohl notwendig als auch zumutbar ist.

Tabelle 2

Realsteuereinnahmen in Bezug auf die Einkommensteuer

(Kommunaler Steueranteil)

Vergleich Bad Bramstedt 1974

DM-Kommunale Steuer / 100 DM-Einkommensteuer = %-Einkommensteuer

Kommunale Steuer Bad Bramstedt	nach Erhöhung	Orte gleicher Größe	Schleswig-Holstein	Bundesrepublik
Grundsteuer A	0.19	0.21	0.68	0.74
Grundsteuer B	2.44	2.75	3.05	2.68
Gewerbesteuer	13.35	14.57	19.91	14.56
Gesamt-Komm. Steuern	15.98	17.53	23.65	17.98
				21.92

1979: Jahr des Kindes

Die Vereinten Nationen haben mit ihren Unterorganisationen in erster Linie UNESCO (zuständig für Kultur und Wissenschaft) und UNICEF, Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das kommende Jahr zum „Jahr des Kindes“ erklärt.

Jahr des Kindes - Thema ohne Ende.

Auf diesen Themenkreis passen viele Stichworte:

-elterliche Gewalt: Hunderttausende Kinder werden in Deutschland nach wie vor von ihren Eltern grün und blau geschlagen und sonstiger körperlicher oder seelischer Gewalt ausgesetzt.

-15-20 Millionen Kinder hungern auf der Welt: Es gibt eine UNO-Charta des Kindes. Nurdiese muß mit Leben gefüllt werden. Resolutionen und Mitleid allein helfen da wenig.

-1 Million Kinder ausländischer Arbeitnehmer leben in unserem Land: Ihre Zukunft ist ohne Hoffnung, wenn wir ihre Probleme weiterhin ignorieren. Diese Kinder wurden in der Bundesrepublik geboren, sind Kinder von Eltern, die noch in der Türkei oder anderswo geboren und von deren Vätern, den Großeltern, in die Bundesrepublik geholt worden sind. Diese „dritte Generation“ der Ausländerkinder ist gänzlich heimatlos: Zum Herkunftsland der Eltern hat sie keine persönlichen Beziehungen; die neue Heimat verdient diesen Namen nicht.

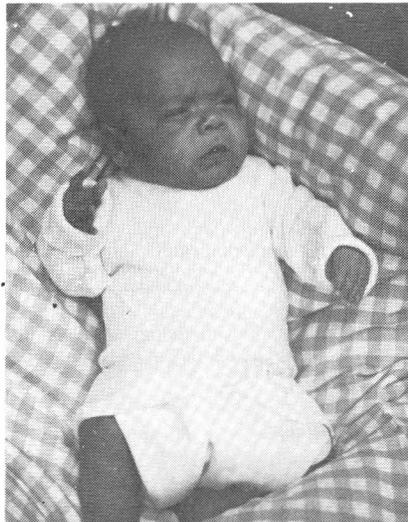
„Gehn wir auf sie zu - Fremde oder Freunde - Es liegt an uns“.

Das ist der Titel einer Kampagne der Aktion Gemeinsinn.

Freunde? Gegenwart ist ein diskriminierendes, feindseliges Verhalten oder richtiger: ein Nicht-Verhältnis.

Erst in jüngster Zeit erfuhren manche Deutsche, daß so viele Ausländer hier leben, daß 1981 230.000 junge Ausländer auf einen Arbeitsplatz warten, viele hier geboren, heimatlos im Land ihrer Eltern, heimatlos hier, redend in zwei Sprachen: Zwei Drittel von ihnen ohne Hauptschulabschluß. Was Wunder, wenn sie in den meisten Schulen von Lehrkräften unterrichtet werden, die sie nicht ver-

stehen; wenn ihre Eltern kein Deutsch sprechen oder verstehen, weil wir ihnen nicht eine zumutbare Möglichkeit, unsere Sprache zu lernen, geboten haben; weil wir nicht mit ihnen sprechen, nichts mit ihnen zu tun haben wollen.



„Das Ausländerproblem ... ist nur zu einem Teil ein Ausländerproblem zum anderen, zum größeren Teil ist es ein Problem der Deutschen. Und wir werden es erst lösen können, wenn wir erkennen, daß in einem großen Teil von uns ganz massive Vorurteile gegen Ausländer in unserem Land herrschen“. Das sagte unser Bundespräsident anlässlich der Eröffnung einer Kampagne der Aktion Gemeinsinn; und er sprach weiter von einem Deutschland „in dem jeder Europäer, einschließlich der Türken, mit gleicher Freundlichkeit behandelt wird wie ein Deutscher“.

Ist es nicht dafür längst zuspät? Müssen wir uns nicht schämen, wenn wir eines Tages als Touristen in eines jener Länder kommen, aus denen wir uns damals unsere Arbeitskräfte holten und wir dort mit der diesen Völkern eigenen Gastfreundschaft aufgenommen werden?

Wieder zurück: Die Schulsituation dieser Kinder ist kennzeichnend für diese Gesellschaft, die all diese Probleme hätte vorausrechnen können und dies nicht getan hat.

Völlig isoliert, gehemmt durch Vorurteile, abgestempelt durch Verständigungsschwierigkeiten und dementsprechend Schulversagen, im Ungewissen über Rückkehr oder Hierbleiben, im Konflikt zwischen zwanghaft an heimischer Tradition festhaltender Eltern und freier, aber für sie nicht zugänglicher Außenwelt, ist die Zukunft dieser Kinder hoffnungslos.

Es soll hier aber nicht verschwiegen werden, daß es ein Bemühen gibt: Gleich in der Nachbarschaft, in Itzehoe gibt es das Kinderhaus des Deutschen Kinderschutzbundes: Hier arbeiten eine ehrenamtliche Leiterin, zwei Erzieherinnen, drei Praktikanten, drei Kriegsdienstverweigerer und einige Jugendliche mit gemischten deutsch-türkischen Gruppen. Ein wichtiger Aspekt der Arbeit ist das Gespräch mit den Ausländer-Eltern, die freieren Erziehungsmethoden oft mit Skepsis gegenüberstehen. Dies gilt in erster Linie für Türken, in deren Heimat Kindergärten unbekannt sind, deren Glauben figürliches Spielzeug verbietet, wo der einzige Sinn des Mädchendaseins die Heirat ist, und jede Lernmotivation schon bei den Eltern dieser Mädchen fehlt (Es soll allerdings auch noch deutsche Eltern geben, die so denken).

Die deutschen und die türkischen Kinder entdecken im Spiel, den anderen in seinem Anderssein zu begreifen und zu akzeptieren.

Das Itzehoer Kinderhaus kann als modellhaft bezeichnet werden; warum nicht auch für Bad Bramstedt ein Modell?

Auch in Bad Bramstedt wohnen deutsche und türkische Kinder!!

Uwe Kersting

Weihnachten - Zeit des Wünschens. Wünschen auch Sie sich etwas von uns!

Schreiben Sie bitte Ihre Ideen, Anregungen und auch Beschwerden auf einen Zettel und schicken Sie ihn uns zu.

Wir können und wollen Ihnen zwar nicht versprechen, daß wir Ihre Wünsche erfüllen können - aber ohne Ihre Hilfe und Mitarbeit ist bürgernahe kommunalpolitische Arbeit kaum möglich.

Wir danken Ihnen im voraus.

Aktiver Umweltschutz: Müll als Rohstoff

Jedes Jahr „produziert“ jeder Bürger, Babys statistisch mitgezählt, zwischen fünf und sechs Zentner Abfall. Alle Bürger zusammen „erzeugen“ vier Milliarden Flaschen, eine Million Autowracks, zweieinhalb Millionen Tonnen Papier und Pappe pro Jahr. Viele dieser Abfälle können wiederverwendet werden: Müll als Rohstoff. Doch die Industrie ist zu einer solchen Wiederverwendung nur bereit, „wenn der Einsatz von Reststoffen weniger kostet als der Einsatz neuer Stoffe“, wie es beim Bundesverband der Deutschen Industrie heißt.

Daß die Bundesbürger zunehmend bereit sind, dieser Feststellung Rechnung zu tragen, hat eine nach dem Abfallwirtschaftsprogramm '75 der Bundesregierung erfolgte Untersuchung im Auftrag des Umweltbundesamtes bewiesen: „Die Bevölkerung ist zur freiwilligen

Mitarbeit bei der getrennten Sammlung von Wertstoffen aus Hausmüll bereit. Dabei wird der Umweltschutzgedanke vor egoistische Überlegungen, wie zusätzlicher Arbeitsaufwand, gestellt“.

Interessantes Zusatzergebnis: „Die Qualität der Wertstoffe (das waren Altglas und Altpapier) liegt bei der getrennten Sammlung höher als bei einer mechanischen Sortierung.“ Wenn die Bürger selbst zupacken beim Sortieren ihres Mülls, geht es also nicht nur billiger, sondern auch besser.

Regelrechte Abfallbörsen, die im Ausland schon Nachahmung gefunden haben, betreiben die Industrie- und Handelskammern. Für den Bürger aber ist der Altglascontainer in seinem Stadtbezirk, sind nahegelegene Altpapier-sammelstellen oder regelmäßige Sammlungen, wie verschiedene Organisationen sie betrei-

ben, das, was er unmittelbar und gern nutzen würde, und zwar, so der Umweltbericht, „langfristig und ohne Ermüdungserscheinungen“.

Für attraktive Sammelsysteme zu sorgen, ist Aufgabe der Kommunen, zumal der „Rohstoff“ Müll zunehmend auch verwendet wird: Mit der Verarbeitung von 310.000 Tonnen Glas-Abfällen ist die Glasbehälterproduktion im vergangenen Jahr schon zu 15 Prozent aus Altglas erfolgt. 450.000 Tonnen jährlich sollen bis 1980 verwendet werden. Und für die Papier- und Pappeprodukte wird bereits zu 45 Prozent Altpapier verwendet.

Recycling hat aber nicht nur mit Energie- und Kostenersparnis etwas zu tun, sondern ganz unmittelbar auch mit Naturschutz: Zur Herstellung von einer Tonne Papier werden 15 Bäume gefällt.

Anje Dertinger